



Finanzpolitisch kann die Linnicher Politik jetzt auch wieder optimistischer in die Zukunft blicken.

Die langfristigen Planungen sagten einen ausgeglichenen Haushalt für dieses und die nachfolgenden Jahre voraus. Die eigene Handlungsfreiheit ist wiedergewonnen. Alle wesentlichen Investitionspunkte sind berücksichtigt, Steuern und Gebühren konnten stabil gehalten werden.

Ein klein wenig schwieriger als gedacht wurde es aber doch an einer Stelle:

Die Offene Ganztags-Grundschule kann nicht mehr lange in den Räumen der Gesamtschule bleiben, weil die GAL den Platz bald selbst brauchen wird. In den langfristigen Planungen des Haushalts waren die Kosten für ein neues Gebäude mit ca. 4 Millionen berücksichtigt worden. Die jetzt konkretisierten Planungen gehen von ca. 8 Millionen aus. Es gab Stimmen aus der CDU, den Bau aufzuschieben und auf (noch) bessere Zeiten zu hoffen. Die SPD-Fraktion sieht in einer Verschiebung eine nicht hinnehmbare Belastung sowohl für die GAL als auch für die Grundschule. Es geht pro Haushaltsjahr um Mehrkosten von ca. 170 000 Euro. Die müssen sich in einem Haushalt von insgesamt 35 Millionen Euro z.B. durch Einsparungen und Verlagerungen erreichen lassen. Und der Verwaltung ist es ja auch gelungen, die Finanzierung im Haushalt darzustellen.

Allerdings ist die finanzielle Ausstattung der Kommunen weiter ein kritischer Punkt. Das Land stattet die Kommunen nach wie vor mit zu geringen Mitteln aus. Die an die Kommunen über die Schlüsselzuweisungen verteilten Mittel müssen deutlich erhöht werden.

Die Höhe der Kreisumlage ist ein weiteres Ärgernis. Eine moderate weitere Absenkung der Kreisumlage um zwei Punkte hätte (nicht nur) die Stadt Linnich um 400.000 € entlastet. Das wäre dem Kreis sogar ohne Probleme nicht nur für diesen, sondern auch für künftige Haushalte möglich gewesen.

Eine weitere Anmerkung zum Kreishaushalt: Dass die Jugendamtsumlage steigt, ist der Übernahme der Kindertagesstätten durch den Kreis geschuldet. Trotzdem muss man auch hier erwarten, dass der Kreis deutlicher nach Einsparungsmöglichkeiten sucht.

Uns ist bewusst, dass in diesem Haushalt weitere finanzielle Probleme, die durch die Corona-Pandemie entstehen können, noch nicht abgebildet werden können. Das ist ein Grund dafür, dass wir vorsichtig agieren müssen.

Für die SPD-Fraktion steht allerdings fest: Im überblickbaren Finanzzeitraum darf es keine kommunalen Steuererhöhungen geben. Es muss eher der Wille bestehen, Belastungen zurück zu nehmen.

In allen Bereichen muss der Haushalt weiter auf Einsparungsmöglichkeiten überprüft werden. Ein besonderer Blick ist dabei auf die Umsetzung des IHKL zu richten. Die SPD-Fraktion geht davon aus, dass in vielen Abschnitten eine Überarbeitung nötig ist.

Wir danken den Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit zum Haushaltsplan, insbesondere den Mitarbeitern der Kämmerei mit deren Leiter Herrn Joecken und dem „neuen“ Kämmerer, Herrn Hensen.